Nummer 41 Halle, Sonnabend, den 17. Februar 1923 58. Jahrgang

Einzelpreis: 75,00 Mark

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Erscheint an jedem Werktag nachmittags. Die Bezuge-Gebühr des Blattes beträgt in Stadt und Land 1550.00 Mark, durch die Post bei freier Zustellung monatlich M. art 1550.00, in den Ausgabestellen abgeholt M. art 1500.00 monatlich. Die achtspaltene Anzeigen-Millimeter-Zeile kostet im Ortsverkehr M. art 100.00, im auswärtigen Verkehr M. art 125.00. Reklamen die Millimeter-Zeile M. art 400.00 im Ortsverkehr und Mark 500.00 im auswärtigen Verkehr. Anzeigen-Schluß: Zehn Uhr vormittags.

Geschäfts-Gebäude: Halle a. S., Neue Promenade 1a und Große Brauhausstraße 17. Fernsprecher-Sammelnummern 7431. Stadt-Geschäftsstelle: M. art 24. Druck-Inschrift: „Saalezeitung Halle/Saale". Bank-Rechnung, Landkasse Heinrich Steiner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 2313. Erfüllungsort und Gerichtsstand: Halle an der Saale. Bezugskündigungen sind stets nur bis zum 10. eines jeden Monats zum Schluß des am Ende des Monats zulässig

Halbe Zugeständnisse in London.

Der Kohlentransportweg über Köln / Schreckensurteile des belgischen Kriegsgerichts / Ueberfall auf das Essener Polizeigebäude / Deutsche Minister im verbotenen Gebiet / Cuno vor dem Landwirtschaftsrat.

Drei Schandurteile.

Essen, 17. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Vor dem Kriegsgericht in Brüssen begann gestern unter gewaltigem Aufgebot der Bevölkerung von Essen der Prozeß gegen den Oberbürgermeister Havenstein von Obernhausen und Dr. Schäfer von Essen. Oberbürgermeister Havenstein wird angeklagt, durch die Verweigerung der Lichtabgabe an die Eisenbahnstation Oberhausen französische Truppentransporte gefährdet zu haben. Es wird dabei ein Gesetz vom Jahre 1849 herangezogen, nach dem diese Verbrechen mit dem Tode oder mit Zuchthaus bestraft wird. Die Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Grimm und Justizrat Dr. Niemeyer bezweifeln die Zuständigkeit der französischen Kriegsgerichte. Nach mehrstündiger Verhandlung beantragte der Staatsanwalt zehn Jahre Zuchthaus gegen Oberbürgermeister Havenstein. Er erklärte, von der Beantragung der Todesurteile abgehen zu wollen, weil durch die Verweigerung des Lichtes kein Unglücksfall auf der Bahn geschehen sei. Er behauptete aber, daß die Verweigerung der Stromlieferung Sabotage sei und die Gefährdung von Truppentransporten bezweckt habe. Zu der Nachmittagsverhandlung wurde das Urteil gefällt. Es lautet: Havenstein wird wegen Bedrohung der Sicherheit der Besatzungstruppen zu drei Jahren Gefängnis ohne Strafaufschub verurteilt. Weiter wurde Direktor Gutzmann von den rheinischen Elektrizitätswerken wegen Verweigerung einer Reparatur an der Lichtleitung des Hotels „Kaiserhof" in Essen, wo Franzosen einquartiert sind, zu fünf Millionen Mark Geldstrafe verurteilt. Da der Angeklagte sieben Kinder hat, von denen das jüngste sechs Wochen alt ist, wurde ihm mildernde Umstände zuerkannt. Die Verhandlung gegen Bürgermeister Schäfer in Essen endete mit einem Urteil von drei Jahren Gefängnis und fünf Millionen Mark Geldstrafe, weil er sich geweigert hatte, Requisitionsscheine für die Besatzungstruppen zu unterzeichnen.

*

Aachen, 17. Februar. (Eig. Drahtmeldung.) Vom belgischen Kriegsgericht wurde heute der Oberbürgermeister Dr. Jarres zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Verhaftung des Oberbürgermeisters von Dortmund

Dortmund, 17. Februar (Eig. Drahtmeldung.) Der Oberbürgermeister von Dortmund, Eichhoff, ist verhaftet worden. Zwei Offiziere entführten ihn in einem Auto, dem ein Mannschaftswagen mit 10 Mann Bedeckung folgte, in der Richtung nach Castrop. Der Grund für die Verhaftung ist darin zu finden, daß der Oberbürgermeister sich weigerte, die Befehle des Generalkommandanten der französischen Truppen vom 4. und 5. Februar seinen Dienststellen zur Kenntnis zu bringen und für ihre Veröffentlichung in der Dortmunder Zeitung zu sorgen. Dem Oberbürgermeister wurden von der sich vor dem Rathaus ansammelnden Volksmenge stürmische Ovationen dargebracht.

Um 5 Uhr nachmittags traten Magistrat und Stadtverordnete zu einer gemeinsamen Protestversammlung zusammen. Unter dem friedlichen Eindruck des brutalen Gewaltaktes haben Vertreter des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung unter Zuziehung von Beamten, Angestellten und Arbeitern der Stadt Dortmund sofort durch besonderen Boten bei dem Divisionskommandeur General Widalon in folgender Form schriftlich Protest eingelegt. Der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Dortmund als die gesetzmäßige Vertretung der gesamten Bürgerschaft in Gemeinschaft mit den städtischen Beamten, Angestellten und Arbeitern erheben schärfsten Protest gegen diese neue gesetzwidrige Gewaltmaßnahme. Sie fordern die sofortige Freilassung der Verhafteten. Im Namen des Magistrats betonte darauf Bürgermeister Fischer, daß sich sämtliche Mitglieder des Magistrats durch diesen neuen unerhörten Eingriff in die Rechte der Staatshoheit nicht von ihrer Pflicht als Staatsbürger und Beamte abbringen lassen. — Zum Zeichen des Protestes hatten sämtliche Geschäfte in den Hauptverkehrsstraßen am Nachmittag geschlossen. Die Stimmung der Bevölkerung ist sehr erbittert.

*

Osterfeld, 16. Februar. (Eig. Drahtmeldung.) Bürgermeister Zellinghaus wurde aus seinem Amtszimmer verhaftet. Das Auto entführte ihn in der Richtung nach Sterkrade. Sämtliche Beamte traten darauf in den Proteststreik. — Am Donnerstag nachmittag wurden in Osterfeld die Amtsmänner Dr. Maier und Müller, die die Amtsgeschäfte des ausgewiesenen Obramtmannes Schwörer übernommen hatten, von den Franzosen verhaftet.

Das Polizeipräsidium in Essen besetzt.

Notwehr deutscher Beamten.

Essen, 16. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Donnerstag verlangte in einer Wirtschaft eine Gruppe französischer und belgischer Soldaten Speisen und Getränke. Die Soldaten verschafften sich Waren mit Gewalt. Als Schutzpolizeibeamte hinzukamen, entstand eine Auseinandersetzung, in deren Verlaufe die deutschen Beamten von den Franzosen mit den Revolvern bedroht wurden. Nunmehr zogen auch diese ihre Revolver, und es kam zu einer Schießerei, wobei zwei französische und zwei belgische Soldaten sehr erhebliche Verletzungen erlitten, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Dieses Vorgehen veranlaßte den französischen Kommandanten, Freitag mittag nicht nur die sämtlichen Quartiere der Schupo zu besetzen und die gesamte Schupo zu entwaffnen, sondern auch unter Aufbietung mehrerer Panzerautos und Revolverkanonen das Gebäude des Polizeipräsidiums vollständig zu besetzen.

Der gesamte Polizeidienst ist eingestellt worden, während die Geschäfte der Stadtverwaltung weitergeführt werden, da sich die Franzosen bei der Besetzung des Rathauses mit der Beschlagnahme einiger Räume im Erdgeschoß begnügt haben. Bei der Besetzung des Polizeipräsidiums haben Franzosen den Polizeioberwachtmeister Niehoff, den Polizeirat Egner und einen dritten Beamten festgenommen und gefesselt abgeführt. Freitag abend kam es zu einem neuen Zwischenfall. Wegen der Kriegsgerichtsurteile sammelte sich eine größere Menschenmenge an, die von der Besatzung aufgefordert wurde, auseinanderzugehen. Als dies nicht geschah, wurden Schüsse abgegeben. Ob Personen verletzt wurden, konnte noch nicht festgestellt werden.

Le Trocquers Mission.

London, 17. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Die britische Ablehnung der französischen Forderung auf Ueberlassung der Eisenbahnen bringt eine neue Spannung in die Entente und rückt die Zurücknahme der britischen Truppen wieder näher. Gleichzeitig mit der Ablehnung bezeugte die englische Regierung aber, wie aus der Rede Baldwins im Unterhaus hervorgeht, ihren Willen, den Frieden zwischen England und Frankreich bis zum Aeußersten zu wahren. Baldwin hat mitgeteilt, daß die französische Forderung nach Ueberlassung der beiden Hauptlinien im Kölner Gebiet abgelehnt worden sei. England habe nur eine Sechsmeilenlinie anbieten können, die eine Ecke der Zone schneidet. Der französische Wunsch, Kohlen durch das britische Gebiet zu befördern, trat an Wichtigkeit zurück, als erklärt wurde, Frankreich brauche in Wirklichkeit die Eisenbahnen, um die Verbindungslinien für das Herabringen der Reservetruppen aus Frankreich ins Ruhrgebiet zu sichern. Die Franzosen äußerten die Befürchtung, Deutschland plane eine ausgedehnte Sabotage des Kölner Eisenbahnsystems, um die Truppenbewegungen zu unterbrechen. Demgegenüber erklärten die britischen Minister, daß eine Gewährung der französischen Forderung eine direkte Unterstützung der Besetzungsaktion wäre und deshalb abgelehnt werden müsse. Man nimmt jetzt an, daß Poincaré die Forderung in solcher Form erneuern wird, daß eine Zurücknahme der britischen Truppen aus dem besetzten Gebiet erzwungen wird.

Paris, 17 Februar. (Eig. Drahtmeldung.) Den französischen Morgenblättern zufolge kehrt Arbeitsminister Le Trocquer mit folgenden Ergebnissen aus London zurück: Die Engländer sind bereit, der französische Forderung auf Benutzung der Eisenbahnlinie Düren—Neuß für den Transport der Ruhrkohle stattzugeben. Ueber die Benutzung der Linie über Köln für die Verpflegung der französischen Truppen haben die Engländer nach langwierigen Verhandlungen Gegenvorschläge gemacht, die darauf hinausgehen, daß diese Linie in demselben Maße benutzt wird, wie vor dem 11. Januar, also vor der Besetzung des Ruhrgebietes. Der Korrespondent des Temps teilt aus London mit, daß die englische Regierung in einer Abweisung der Vorschläge den Beweis hätte sehen würde, daß Frankreich die Zurückziehung der englischen Truppen aus dem Rheinland wünsche.

S. M. Degoutte.

Essen, 16. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) General Degoutte hat einen Befehl an die Behörden gerichtet, in dem er sich die Souveränität über das Einbruchsgebiet anmaßt. Alle Anordnungen müssen ihm vorgelegt werden. Er bestimmt dann, inwieweit sie zu befolgen und verdächtlichen sind. Dieser unerhörte Rechtsbruch wird mit schärfstem Protest beantwortet werden.

London, 17. Februar. (Eig. Drahtmeldung.) Man meldet aus Amsterdam, daß General Degoutte dem Korrespondenten des Telegraph erklärt habe, die Franzosen würden in tausend Jahren noch an der Ruhr, wenn Deutschland bis dahin seine Reparationsschulden nicht bezahlt habe. Der General erklärte weiter, daß nach seiner Ansicht die Deutschen ihren Widerstand nicht länger fortsetzen könnten.

Die Minister Bölitz und Stingl im Ruhrgebiet.

Essen, 17. Februar. (Eig. Drahtmeldung.) Der preußische Kultusminister Dr Bölitz weilte gestern in Essen und in Bochum zu Besprechungen über Schul- und andere Fragen. Auch der Reichspostminister Stingl weilte am 15. und 16. Februar im Ruhrgebiet. Sein Besuch galt den Städten Düsseldorf, Duisburg, Mülheim (Ruhr), Essen, Bochum und Dortmund, wo er die Post und Telegraphenämter besichtigte.

Frankreich erläßt die deutschen Zollbeamten.

Paris, 17. Februar. (Eig. Drahtmeldung.) Wie „Havas" aus Koblenz meldet, hat die Rheinlandkommission durch eine neue Ordonnanz verfügt, daß das gesamte deutsche Zollpersonal sowohl in dem alten wie neubesetzten Gebiet mit Wirkung vom 21. Febr. 1923 entlassen ist. Der neugeschaffene Zolldirektionsausschuß ist beauftragt, den Zolldienst sicherzustellen.

Litauen protestiert gegen den Teilungsbeschluß.

Warschau, 17. Februar. (Eig. Drahtmeldung.) Nachrichten aus Wilna bestätigen, daß es bei der Besetzung der neutralen Zone durch die Polen zu kleinen Kämpfen zwischen polnischen Polizisten und Zolltruppen von litauischen Banden gekommen ist. Verschiedentlich wurden unter den Kämpfenden auch Angehörige regulärer Truppen teilweise festgestellt. Die Litauer haben den ihnen zuerkannten Teil der neutralen Zone nicht besetzt, sondern entsprechend beim Völkerbundsrat gegen den Teilungsbeschluß Protest eingelegt. — Die Kownoer Regierung hat gestern früh ein Telegramm an den Völkerbund gesandt, in dem der Völkerbund aufgefordert wird, die polnische Aktion in der neutralen Zone anzuhalten. Die litauische Regierung erklärt, daß sie im anderen Falle keine Garantie für die Erhaltung der Ruhe übernehmen kann und die Verantwortung für die bestehende Kriegsgefahr ablehnt. Nach polnischen Blättern sollen die litauischen Truppen angewiesen sein, gegen eine Besetzung des neutralen Streifens durch Polen Widerstand zu leisten. Angeblich verlangt Litauen Ueberweisung der Frage an das Schiedsgericht im Haag.

Aktive Währungspolitik.

Marktaufstieg und Frankensturz.

Die augenblicklichen Vorgänge auf dem internationalen Devisenmarkt haben in Deutschland erneut eine Erörterung über währungspolitische Fragen aufgerollt. Die gleichen Kreise, die im Herbst vorigen Jahres eine aktive Währungspolitik forderten, stellen jetzt die Behauptung auf, daß Interventionen der Reichsbank zur Senkung des Dollarkurses auch schon früher mit dem gleichen Erfolg hätten durchgeführt werden können. Dabei übersehen diese Kreise aber völlig, daß der Devisenmarkt und vor allen Dingen die Einstellung des internationalen Finanzmarktes gegenüber der deutschen Mark nicht durch irgendwelche bestimmten gesetzmäßigen Leitsätze beherrscht werden. Der bedeutende Erfolg, den die augenblickliche Interventionspolitik der Reichsbank erreicht hat, ist gar nicht losgelöst von zahlreichen anderen Nebenaktionen zu bewerten. Man muß sich darüber klar sein, daß die derzeitige Haltung der deutschen Reichsregierung, die politische Geschlossenheit der staatsverantwortlichen Parteien und die Opferwilligkeit der gesamten deutschen Wirtschaft in allen ihren Teilen starke Stimmungsmomente zugunsten der deutschen Mark ausgelöst haben, wie das von der Amsterdamer Börse im Januar ausgehende Ueberstürzen der Baissebewegung gegenüber der Mark sehr schnell zusammen mit einer zielbewußten Bankpolitik überwunden konnten.

Wenn gerade in den Tagen dieser Interventionspolitik der vorläufige Reichswirtschaftsrat ein währungspolitisches Gutachten seiner Ausschüsse vorlegt, in dem eine ganze Reihe von Forderungen wieder aufgenommen werden, die auf die Auseinandersetzungen im vorigen Herbst gerichtet haben, so darf man vielleicht darauf aufmerksam machen, daß bei einer etwaigen Durchführung aktiver währungspolitischer Maßnahmen von deutscher Seite das politische Bild sich zwischen Deutschland und Frankreich nach keiner Richtung hin verändert hätte, daß also alle in den letzten Wochen und Monaten sich abspielenden außenpolitischen Ereignisse in der Grundlinie genau den gleichen Verlauf genommen hätten. Angenommen, das Reich hätte im Oktober der sehr lebhaft erhobenen Forderung nach Aufnahme von Goldmarkanleihen durch Ausgabe von 1 Milliarde Goldschatzwechsel stattgegeben, so hätte es bei einem durchschnittlichen Dollarstand von 3000 etwa 700 Milliarden Papiermark erhalten, deren Verzinsung bei einem Stabilbleiben der Devisenkurse mindestens 35 Milliarden Mark jährlich, also etwa 9 Milliarden Mark pro Quartal erfordert hätte. Da es sich aber eben nicht um eine Schuld des Reiches von 700 Milliarden Papiermark, sondern um eine solche von 1 Milliarde Goldmark handeln würde, wären für das letzte Vierteljahr 1922 bei einem durchschnittlichen Dollarstand von etwa 6000 Mark nunmehr 18 Milliarden, d. h. für das Jahr 72 Milliarden an Zinsen aufzubringen; bei einem Dollarstand von 20 000 Mark würden sich die jährlichen Zinsen auf 250 Milliarden Papiermark belaufen. Mit jedem Marksturz müßten sie weiter zunehmen, außer jedem Verhältnis zu der Summe von 700 Milliarden Papiermark, die bei Ausgabe der Goldschatzwechsel den Gegenwert der einen Milliarde Goldmark bildeten.

Man muß sich auch in der jetzigen Situation klar vor Augen halten, daß die Währungsfrage nicht für sich allein beantwortet werden kann, daß es sich hier stets nur für Deutschland um ein Teilproblem seiner gesamten weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Zukunftsfragen handelt. Mit allem Nachdruck ist hervorzuheben, daß die bis zum Augenblick hervorragend geleitete und erfolgreiche Markverbesserungspolitik nur auf der Grundlage eines fest fundierten Goldschatzes der Reichsbank durchgeführt werden konnte. So wenig man heute über die Einzelheiten der technischen Durchführung des bedeutsamen Vorganges öffentlich auch mitteilen kann, so darf man doch sagen, daß sobald eine derartige Berichterstattung möglich ist, alle diejenigen, die heute bereits wieder mit einer mehr oder weniger leichtfertigen Kritik bei der Hand sind und auch außerordentlich davon überzeugt sind, daß sie diese Dinge weit besser können und viel richtiger gemacht hätten, zu der für sie sehr schmerzlichen, für die deutsche wirtschaftliche Zukunft aber sehr erfreulichen Erkenntnis kommen werden, daß sie sich in ihren Gedankengängen in einer Sachgasse befunden haben, und daß es sehr gut war, daß sie in diesen Zeiten keinen ausschlaggebenden Einfluß auf die Gestaltung der Dinge ausüben konnten.

*

Zur Ergänzung vorstehender Ausführungen wird uns noch von unserem volkswirtschaftlichen Berliner Mitarbeiter geschrieben: Das erstaunlich schnelle Steigen der deutschen Mark beginnt den Pariser Finanzpolitikern nachgerade Besorgnis zu machen. Und zwar erblicken sie darin viel weniger eine innerpolitische Stützungsaktion als einen Angriff gegen den Frank. Man gesteht zu, daß Deutschland geschickt operiert habe, indem es die Operationen zur Hebung der Mark gerade in der Zeit einleitete, in der Frankreich gezwungen war, für seine Bedürfnisse im besetzten Gebiet deutsche Mark aufzukaufen. Dieses Eingeständnis sollte eigentlich davor schützen, die Festigkeit der Mark der „verzweifelten Spekulation der Deutschen Regierung" zuzuschieben. Um so lächerlicher wirkt es denn auch, wenn gesagt wird, daß die deutsche Regierung durch die von ihr veranlaßte Kurssteigerung den Wirtschaftskrieg gegen Frankreich mit allen Mitteln führen wolle. Umgekehrt wird auch ein Schuß daraus, und angesichts des frevelhaften Wirtschaftskrieges, den Frankreich

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19230217014/fragment/page=0001

an der Ruhr gegen Deutschland führt, dürfte es sich wirklich nicht wundern, wenn wir auf einen Schelm anderthalbe setzen. In letzter Linie sollen natürlich alle diese Kügeleien nur dazu dienen, wieder einmal den bösen Willen Deutschlands zu beweisen. Die Herren in Paris sind der Ansicht, daß Deutschland große Mengen von ausländischen Devisen horrätig gehalt habe und daß demgemäß die Erklärung seiner Zahlungsunfähigkeit ein Blendwerk gewesen sei. Sie belieben dabei geflissentlich zu übersehen, daß durch die Einstellung der Reparationszahlungen und der Sachleistungen naturgemäß ein gewisser Vorrat an Devisen sich ansammeln mußte, der nun zur Stützung der Mark verwandt werden konnte. Aber selbst dieses echt französische Taschenspiel hilft über die Tatsache nicht weg, daß inzwischen der französische Frank immer weiter sinkt, und daß daran durchaus nicht nur das Steigen der deutschen Mark schuldig ist.

Wenn der Frank an den ausländischen Börsenplätzen immer niedriger bewertet wird, so ist das eben der Beweis dafür, wie man dort die französische Ruhraktion mit ihren riesigen Geldbedürfnissen einschätzt.

Französische Bestien.

Ein deutscher Beamter, der aus dem in Düsseldorf von den Franzosen eingerichteten Gefängnis durch einen glücklichen Zufall entkommen ist, teilt uns folgendes mit über die Behandlung harmloser, aus irgendwelchen nichtigen Gründen in das Gefängnis eingelieferter Deutscher:

Die Gefangenen, von denen fast alle nicht wußten, weshalb sie überhaupt angehalten worden waren, wurden in den Hof des Gefängnisses geführt. Dort mußten sie sich mit dem Gesicht gegen eine Wand stellen. Der französische Offizier fragte, wer Frau und Kind habe. Die Gefangenen, bei denen dies der Fall war hatten die Hand hoch zu heben. Der Offizier erklärte sodann, daß diese Gefangenen ihre Angehörigen nie mehr wiedersehen werden und kommandierte den französischen Soldaten die Gewehre zu laden. Die an die Wand Gestellten hörten das Klappern der Schlösser und warteten in furchtbar bangen Minuten auf den todbringenden Schuß. Nach längerer Zeit wurde „Kehrt" kommandiert und nun mußten sie im Gefängnishof in einem Kreise im Laufschritt sich fortbewegen, angetrieben von schwarzen Franzosen, die erbarmungslos mit Reitpferdepeitschen auf die Gefangenen einhieben. Wer zu Boden fiel, wurde so lange gepeitscht, bis er, um den Qualen zu entkommen, sich mühsam aufraffte und sich fortschleppte.

So verfährt die „grande nation" mitten im Frieden gegen herrenlose Deutsche, so ist das Verhalten eines Volkes, das seinen Mund nicht genug aufreißen konnte zu Schmähungen gegen die „Hunnen" und das die Schamlosigkeit besessen hat, im Versailler Schandvertrag zu fordern, daß Deutsche wegen Verletzung der „Gebräuche des Krieges" vor französische Gerichte gestellt werden.

*

Ein weiteres Todesopfer. Der am Mittwoch abend auf dem Heimwege zu seinem Schiff am Rhein von einem französischen Wachtposten schwerverletzte Matrose Hill aus Weisenau ist im Binger Krankenhause seinen Verletzungen erlegen.

Barbaren, nein Bestien sind die. Die unmenschliche Behandlung der von den Franzosen in Gelsenkirchen festgenommenen 31 Schupobeamten spottet jeder Beschreibung. Sie wurden mit Ketten zusammengebunden und durch Kolbenstöße mißhandelt, sogar mit Bajonetten drangen die Soldaten auf sie ein. Die Beamten waren bei ihrer Einlieferung in das Zweibrücker Gefängnis 4 Tage unterwegs, ohne irgendwelche Nahrung erhalten zu haben. Die bei der Ankunft in Zweibrücken angesammelte Menge wurde mit Kolbenstößen auseinandergetrieben.

Vollsitzung des Reichskohlenrats.

Berlin, 16. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) In der stark besuchten Vollversammlung des Reichskohlenrats gedachte der Vorsitzende, Bergrat Kline, zunächst der letzten furchtbaren Grubenkatastrophen in Oberschlesien. Der Vorsitzende begrüßte sodann besonders herzlich den Reichswirtschaftsminister Dr. Becker, der in einer Ansprache etwa folgendes ausführte:

„Der Kampf, der an der Ruhr ausgebrochen ist und sich auch im altbesetzten Gebiet am Rhein auswirkt, ist ein ungleicher. Drüben der brutale Militarismus und Imperialismus in roher Betätigung und in verabscheuungswürdigsten Auswüchsen, auf unserer Seite das gute Recht und hinter ihm der trotzige Wille, in diesem schweren Abwehrkampfe bis zum allerletzten auszuharren. Wir haben diesen Kampf nicht gewollt und sind ihm ausgewichen, solange das möglich war und vielleicht auch über die Grenzen des Möglichen hinaus. Unerträglich sind die Leiden der Bevölkerung an Ruhr und Rhein. Sie sind alle Helden, die dort drüben an Ruhr und Rhein ihre Treue zum Vaterland und zur heimischen Erde mit Mißhandlung, Einkerkerung und Landesverweisung zu bezahlen haben. Reichsregierung und deutsches Volk werden stets daran denken, was sie für uns im Kampf um Deutschlands Bestand geleistet haben. Aus den bisherigen traurigen Ergebnissen ihres „friedlichen Einmarsches" müssen die brutalen Einbruchsmächte ja bereits die Ergebnislosigkeit ihres Einmarsches an der Ruhr ersehen. Deutschland steht treu zusammen in zäher und trotziger Abwehr." — Bergbauptmann Bennhold erstattete hierauf als Geschäftsführer des Reichskohlenrats Bericht über

die Lage der Kohlenwirtschaft.

Diesem Bericht ist zu entnehmen, daß der Hauptbezirk der Ruhr einschließlich der linksrheinischen Zechen seine Förderung im Jahre 1922 auf über 95 Millionen Tonnen, also gegen das Vorjahr um rund 2½ Millionen gesteigert hat. Dieser Erfolg ist hauptsächlich der planmäßigen Ueberarbeit der Bergleute zu verdanken. Seit dem Ruhreinbruch bis Ende Januar ist die Produktion um 25 bis 30 Proz. zurückgegangen. Bergbaumann Bennhold brandmarkte die Ziele des räuberischen Einfalles in das Ruhrgebiet, die darin zu suchen seien, eine Vereinigung der französischen Eisenindustrie mit der deutschen Schwerindustrie an der Ruhr unter französischer Hegemonie herbeizuführen. Die Kohlenlage brauche Deutschland nicht in seinem Widerstande gegen die Willkür und den Rechtsbruch der Feinde zu lähmen. In der Ansprache wies Verbandsvorsteher Girbig auf die Gefahren hin, die den Industriellen und Arbeitern des unbesetzten Gebietes aus der mangelhaften Kohlenzufuhr entstehen. Ministerialrat Prinz schilderte als Vertreter der Reichseisenbahnverwaltung den geschlossenen Widerstand, den die Eisenbahner den französischen Plänen entgegengesetzt haben. Reichstagsabgeordneter Imbusch als Vertreter der Bergarbeiter gedachte der hervorragenden Leistungen der deutschen Eisenbahner beim Abwehrkampf. Nach dieser Aussprache schloß der Vorsitzende die Sitzung mit dem Wunsche für einen erfolgreichen Ausgang des Kampfes an der Ruhr.

Der Kanzler auf dem Deutschen Landwirtschaftsrat.

Berlin, 16. Februar. (Eig. Drahtmeldung.) Nach der Eröffnung der 52. Plenarversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates durch den Präsidenten Dr. Brandes gelangte ein Telegramm nach dem, Ruhrgebiet zur Absendung, in dem Treue um Treue gelobt und weitestgehende Unterstützung der Weltmart durch die Landwirtschaft zugesagt wird. Nach der Begrüßung der zahlreichen Gäste, unter denen der Ernährungsminister Dr. Luther und der preußische Landwirtschaftsminister Dr. Wendorff wahrgenommen waren, ergriff der gleichfalls erschienene Reichskanzler Dr. Cuno das Wort.

Die Tagung des Deutschen Landwirtschaftsrates findet in der Zeit der höchsten innere- und außenpolitischen Spannung statt. Es geht keine Schicht unseres Volkes, die nicht die Schwere des Kampfes gegen den Imperialismus und Machthunger des Feindes unmittelbar empfindet. Wir schöpfen die Kraft für unseren Abwehrkampf aus unserem reinen Gewissen, daß nichts unterlassen wurde, was uns als Mangel an unserem Leistungswillen ausgelegt werden kann. Unsere Waffen bestehen in dem einfachen und natürlichen Mittel, dem Feinde die Hilfe bei der Ausführung seiner Pläne zu verweigern. Diese Mittel ruhen im Willen und Herzen unseres Volkes und sind unbezwingbar. Unser ganzes Volk führt diesen Kampf.

Es gibt keinen Unterschied mehr.

Jedes einzelne Schicksal ist mit dem Wohl der Gesamtheit verbunden. Wo sollte das Gefühl hierfür lebendiger werden als bei Ihnen, die Sie mit der Liebe zur Scholle aufgewachsen sind. Jeder an der Ruhr schützt nicht nur das eigene Haus, sondern das ganze Land mit gesenktem Hammer. Eine neue Volksgemeinschaft ist erwachsen. Jeder steht an seinem Platze an der Front, so daß jeder auch gleichmäßig zum Siege beiträgt. Außerordentlich viel hängt von der Frage der Ernährung und Preisbildung ab. Die Reichsregierung weiß, daß sie auf die Landwirtschaft rechnen darf, daß alles daran gesetzt wird, die Lebensmittel billiger zu gestalten. Alle Stände trifft diese Mahnung in gleichem Maße. Jeder, der Wucher treibt, ist ein Verräter am Vaterlande. Der Landwirtschaft gebührt der aufrichtige Dank für ihr hochherziges Opfer. Es gilt in der Arbeit nicht zu erlahmen. Bereiten wir uns lieber auf eine lange Zeit des Durchhaltens vor, als eine Stunde zu früh zu verzagen. Beraubten wir uns nicht an den feierlichen Protesten. Erkennen wir den ganzen Ernst der Lage. Stählen wir unsere Nerven zum Durchhalten. Hier und an der Ruhr wird der Kampf für uns Opfer über Opfer bringen. Die Reichsregierung wird den geraden Weg, den sie beschritten, nicht verlassen. Wir kennen das Ende des Weges nicht. Nur das eine wissen wir, daß, wenn wir einig und stark sind, uns niemand bezwingen kann.

Der Kampf entscheidet über Freiheit und Sklaverei

des deutschen Volkes. Wenn Sie, meine Herren, Ihrer Verantwortung gemäß bewußt handeln, treten Sie mit in die vorderste Front des Abwehrkampfes.

Nach dem Appell des Kanzlers richteten Dr. Wendorff für die preußische Regierung, Dr. Sorge für den Reichsverband der Industrie und Ministerialrat Semmel für die bayerische Regierung kurze Begrüßungsworte an die Versammlung. Alsdann referierte Kammerherr v. Kendell über die Aufhebung der Reste der Zwangswirtschaft in der Erfassung und Preisregelung landwirtschaftlicher Erzeugnisse. An der Aussprache beteiligten sich, wie bereits gemeldet, neben zahlreichen Vertretern der Landwirtschaft lebhaft der Reichsernährungsminister Dr. Luther und der von diesem herbeigerufene Reichsschatzminister Dr. Albert. Nachdem in einer einstimmig angenommenen Entschließung die endgültige Beseitigung der bisherigen Zwangswirtschaftspolitik, insbesondere für Getreide und Zucker, und die sofortige Entschließung für die freie Wirtschaft gefordert und die Notwendigkeit einer auf breiter Basis ruhenden Lebensmittelverbilligung für die wirklich notleidenden Bevölkerungskreise erkannt war, beschloß ein Referat des Geheimen Oberfinanzrates Stein-Oldenburg über Roggenanweisungen, Roggendarlehen und Roggenzenten die Verhandlungen des ersten Tages der Hauptversammlung.

Späte Rechtfertigung.

Der Premierminister der Südafrikanischen Union, General Smuts, der als Mitglied der englischen Friedensdelegation in Versailles in erster Linie für die Festsetzung einer hohen Reparationssumme verantwortlich zu machen ist, da er die Begründung für die Einbeziehung der Pensionslasten der Alliierten in die sog. Zivilladen lieferte, hat sich jetzt in seinem heimischen Parlament gegen diesen Vorwurf verteidigt. Er erklärte, daß er diese Frage nur vom rein juristischen Standpunkte aus behandelt habe, im übrigen aber aufs äußerste bemüht gewesen sei, die Reparationssumme auf einen gerechten, mäßigen und vor allem tragbaren Gesamtbetrag festzusetzen. Smuts weitete seine Verteidigungsrede dann zu einem scharfen Angriff gegen den Versailler Vertrag selbst aus. Das Deutschland gegebene Versprechen, daß der Völkerbund als Rousonsinstanz eintreten solle, wenn der Vertrag sich als undurchführbar erweise, sei nicht eingelöst worden, die Ruhr sei nur noch ein Anhängsel des französischen Auswärtigen Amtes. Wenn nicht noch in letzter Stunde eine starke Hand Europa von dem Abgrund zurückreiße, werde die Katastrophe des Friedens vielleicht noch viel größer werden als die Katastrophe des großen Krieges. Leider wird auch wohl Smuts mit seiner Auffassung an der englischen Politik der wohlwollenden Neutralität nichts ändern.

Die Wucherer-bekämpfung.

Im Rechtsausschuß des Reichstages wurde der erste Artikel des Notgesetzes, der Maßnahmen über den Betrieb von Gast- und Schankwirtschaften, Branntweinhandel, Pfandleihhäuser und ähnliches behandelt, im wesentlichen nach den Vorschlägen der Regierung angenommen, ebenso der zweite Artikel, der die Einschränkung von Vergnügungen und Lustbarkeiten in Zeiten außerordentlicher Not ermöglichen will. Noch nicht beendet wurde die Aussprache über den Artikel 3: die Wucherbekämpfung. Der Demokrat Stokovich erklärte, daß seine Freunde mit der Anprangerung solcher Personen, die wegen Preistreiberei, Schleichhandels, verbotener Ausfuhr lebensnotwendiger Gegenstände und unzulässigen Handels zu mindestens drei Monaten Gefängnis oder 100 000 Mark Geldstrafe verurteilt worden sind, grundsätzlich einverstanden seien, verlange aber größere Rechtssicherheit, als die Wuchergerichte nach den geltenden Bestimmungen bieten. Er kam auf den von ihm und dem Demokraten Brodauf gestellten Antrag auf Einführung von Rechtsmitteln gegen die Entscheidung der Wuchergerichte zurück, nachdem der Vertreter des Reichsjustizministeriums zugegeben hatte, daß nicht selten Fehlurteile gefällt worden seien.

Weiter brachten die Demokraten Brodauf, Stolovich und Schiffer eine Resolution ein, daß die jetzt verfügte Erhöhung der Gütertarife mit dem Bestreben unvereinbar sei, der Preistreiberei durch Gesetzgebung entgegenzuwirken. Die Abstimmung über diese Entschließung steht noch aus.

Die Aenderung bei der Vermögensteuer.

Der Steuerausschuß des Reichstages beschäftigte sich gestern mit den Bewertungsvorschriften für die Vermögenssteuer. Nach den Vorschlägen des Unterausschusses werden sämtliche Einzahlen im Vermögenssteuergesetz gegenüber der Regierungsvorlage verdoppelt, so daß also die steuerfreie Grenze von 200 000 auf 400 000 Mark erhöht wird.

Befreiung einer Befreiung Max Hölz.

Breslau, 16. Februar. (Eig. Drahtmeldung.) Gestern ist von mehreren Personen der Versuch gemacht worden, den Strafgefangenen Max Hölz zu befreien. Die Personen waren in das Gefängnis eingedrungen, hatten den Wärter an der Pforte überrumpelt und ihm die Schlüssel entrissen. Durch das Dazwischentreten anderer Beamten wurden jedoch die Eindringlinge an der Ausführung ihres Planes gehindert. Es gelang ihnen, unerkannt zu entkommen.

Steuern und Geldentwertung.

Der Steuerausschuß des Reichstages nahm am 16. Februar in erster Lesung die Beschlüsse des Unterausschusses über die Bewertungs- und Zahlungsvorschriften für die Einkommensteuer, Erbschaftssteuer, Vermögenssteuer und Zwangsanleihe an, nachdem der Demokrat Reinath eingehenden Bericht erstattet hatte. Die Absetzungen für Abnutzung wurden zwar angenommen, aber mit einem Viertel des Einkommensteuerbetrages zur Steuer hergangezogen. Für die Bewertung des Betriebsvermögens werden zwei Drittel des Warenbestandes von der Einkommensteuer frei gelassen, wenn statt 40 Prozent des Marktpreises am Ende des Jahres 1922 in die Steuerbilanz eingesetzt. Für die Vermögens- und Zwangsanleihe wird der Wert landwirtschaftlicher und industrieller Betriebe gegenüber den bisherigen Bewertungsrichtlinien verdoppelt, für Dividendenpapiere und Auslandswerte verdreifacht. Der Wert der städtischen Grundstücke und fest verzinslichen inländischen Wertpapiere bleibt unverändert. Dementsprechend wurden die Tarifstufen verdoppelt. Die Vergünstigungen für Kriegsanleihe und Altbesitz sollen nicht gewährt werden.

Zwischen Abend und Mitternacht.

Streifzüge durch die Woche. — Die musikalische Stehlampe.
Die Ruhrflüchtlinge in Halle. — Der verschwundene Ring.
Ein „Käse" nur 4000 Mark. — Wettessen und Bankräuber.

Haben Sie schon Lose gekauft?

Alltäglich ballen sich heuer in der Leipziger Straße vor dem Kaffeehaus Zorn Knäuel von Menschen zusammen, die heftig mit Mund und Händen redend oder auch schweigend mit großen Augen die Preise der Tombola im Schaufenster links des Eingangs betrachten. Da lockt eine riesengroße Schlackwurst, ausreichend für das Frühstück einer solennen Doppelhochzeit, da locken bunte Körbchen mit unterschiedlichsten leiblichen und „geistigen" Genüssen; und vou allem sticht ins Auge, rotbeschirmt, hochragend, die musikalische Stehlampe, 900 000 Mark wert, und nicht nur „unter Brüdern". Sie ist der Gegenstand ungezählter Sehnsuchtsblicke aus leidenden Jung-Frauenaugen, aus Augen behäbiger Junggesellen ebenso wie aus denen ausstattungssorgenbeschwerter Pärchen. Kommen zwei Heiratskandidaten, die einander vom Bureau abgeholt haben, vom Leipziger Turm daher. Große Pläne sind im Gange. „Er" zieht sorgenvoll die Stirn in Falten; „sie" schwebt in himmelblauen Wolken: „Ach weißt du, nein Gehalt legen wir Monat für Monat zurück zum Anschaffen — und von dem meinen leben wir . . ." Und hoffnungsfroh mit gutem Blick sieht sie zu dem ernsten Mann auf, der sich plötzlich mit der Hand über die Augen fährt und dann ihren Arm fester in den seinen legt. Da stocken sie vor Zorn und erblicken die Lampe; Gedanken schwirren auf. „. . . Man müßte, ja, das Los 300 Mark; man müßte, zwanzig, nein zweihundert Lose nehmen. Das sind 60 000 Mark . . . O die wundervolle Lampe . . . Ja, wenn man wüßte!"

Und drinnen im musikschwirrenden Kaffeehaus geht ein freundlicher Herr von Tisch zu Tisch. „Für die Ruhrspende!" Noch zeigen die Lose bescheidene Ziffern: so um die Sechstausend. Für die Ruhrspende! . . . Wenn die harten Kämpfer dort draußen im Bereich der roten Erde wüßten, wie leicht es den Sachgütern außerhalb des Operationsgebiets oft gemacht wird, helfend einzugreifen, manch kräftiger Westfalenfluch würde doch die Säumigen aufrütteln. Mit dem begeisterten, alkoholbeschwingten Einstimmen in die Melodie des Deutschlandliedes in zigarettenrauchigen, von Musik und Frauenlachen erfüllten Dielen und Kaffeehäusern ist es nicht getan. So leobat sich die Kinnbacken bewegten: „Wenn es stets zu Schutz und Trutze brüderlich zusammenhält" so begeistert klampfen schimmbeschuhte Füße eine Minute später den Takt zum urdeutschen Gaudi: „Nur a Bier, nur a Bier, nur a Bier wolln mer ham" oder summen unbekümmert geschürzte Lippen das erhebende Lied von der ersten oder zweiten Hypothek jenes bewußten kleinen Häuschens.

Unmittelbar aber zeigte sich die Ruhrnot schon in der Stadt, als diese Woche die ersten ausgewiesenen Familien einkrafen, die fränkische Gewalt von Hora uns Schale trieb. Sie kamen über Leipzig und waren nicht immer sehr erfreut von der Teilnahme der Behörden. Das ganze Volk muß helfen. Arbeitsmöglichkeit wird sich im mitteldeutschen Bergbau, in der Industrie finden lassen, aber an Wohnungen fehlt es hauptsächlich. So sehr sich auch die unterschiedlichsten Kreise Opfer auferlegten und wader eingriffen — die Wunden sind tiefe, sind nicht mit kleinen Pflastern zu heilen.

Und dennoch, erinnert diese Szene nicht an die größten Zeiten unseres Volkes. In einem Zigarrenladen erstehe ich mir ein Päckchen Tabak. Ein Edelmetallhandler hat dort die Stätte seiner einnehmenden Wirtsamkeit aufgetan. Durch die Tür tritt eine schlichte Frau, Beamtenwitwe oder dergleichen, und bietet eine Brosche an. Der kundige Thebaner beäugt sie durch die Lupe und ohne Lupe, tragt sie an, wendet sie hin und her: „Mattergeldel, 250 Mark, beste Frau." Zwischen Tür und Angel trägt der Wind kaum vernehmbar den Entsäuschungsseufzer fort: „Ich wollte doch auch so gern zur Ruhrhilfe geben . . ."

Mancher dieser Edelmetallhändler könnte Aufschluß über manche Historie geben, wenn neben dem vorschriftsmäßigen Buch (welches für die Behörden bestimmt ist) noch ein anderes geführt würde, das eine Chronika der schuchternen und weniger schüchternen Besuche aufnähme. Vielleicht könnte dann auch etwas zur Aufklärung des Falles beigetragen werden, der sich diese Woche zutrug: In einem Kaffeehaus kommt ein Herr ins Gespräch mit einer Dame, die interessiert einen kostbaren Goldreif mit sieben Brillanten am Finger des Gastes betrachtet. Man trinkt einen Mokka, man trinkt einen Cherry, vielleicht auch einen Wein vom Rhein (Veuve de Cliquot ista jetzt verjönt). Und zwischen Abend und Mitternacht ist der Brillantenring verschwunden, spurlos. Traurig ist die Erkenntnis, aber wahr: Am goldenen Herzen des Mannes schagen manche Frauen zumeist das Gold. Welcher neuen Bestimmung wird das Gold jetzt dienen? und welchen Augen werden die sieben Steine gefallen? Ich wußte bisher nicht, daß ein Käse mit 4000 Mark gehandelt wird; aber bitteschön, die Bücher Nr. 2 weisen es aus! — Ich wußte es bisher nicht, daß ein Käse akkurat wie ein silbernes Zweimarkstück aus der guten alten Zeit aussehen könnte. Der Weise weiß, daß er überhaupt nichts weiß. Dunkel bleibt es seinem Begriffsvermögen, wohin die fliegenden Händler entschwinden, die aus der Nacht auftauchen, in der Nacht verwehen, die vom „Edelmetall" so viel verstehen, wie ein Ziegenbock vom Kubismus und doch mit gefüllten Taschen im D-Zug-Speisewagen entschweben. Das ist ein besonders lehrreiches Kapitel, das einer eingehenden demnächstigen Bearbeitung vorbehalten sein soll, die Wirrsal und die Not der Zeit beleuchtend.

Von der Not der Zeit aber zeugt es wenig, wenn Wetten möglich sind wie diese, die ein von Leipzig zugereister „Händler" mit einem „Geschäftsfreund" abschloß und die als Gewinn ein kostbares Altstadt vorsah, wenn einer der Pantanten zwischen Abend und Mitternacht die Speisekarte von oben bis unten herunter—aß. Sie verzeichnete:

Frühlingssuppe,
Kalbwurst mit Salat,
Wiener Schnitzel mit Kompott,
Schweinskotelett mit Kraut,
Gebackene Kalbsbrust mit Salat,
Leberknödel mit Kraut,
Gulasch und Knödel,
Filetkotelett mit Bratkartoffeln,
Kalbsniere mit Kompott,
Schweizer Käse und Butter,
Deutscher Käse und Butter,
Lachsbrötchen,
Fleischsalat,
Schokoladenpudding,
Kaffee mit Torte.

Als der Leidtragende kurz vor der Polizeistunde bei dem deutschen Käse angelangt war, ging der Besitzer des Festes so eben mal raus, verschwand mit der Kampfkrophe und überließ seinen Opfer bereitwilligst die Begleichung der niedlichen Zeche.

Zwischen Abend und Mitternacht nehmen auch die Damen ihren Anfang oder Fortgang, die die Kriminalität um neue „Fälle" bereichern. Daß besonders seit Weihnachten hochwertige Schreibmaschinen aus hallischen Unternehmen verschwunden sind, ist öffentliches Geheimnis und sollte die verantwortlichen Stellen zu größerer Vorsicht und ernstester Aufmerksamkeit anreizen. Der durch die Geldverhältnisse bedingte ungeahnte Aufschwung des Fankverkehrs — man kann ja von einer „Verbanung" Halles reden — hat ebenso hier wie in anderen Wirtschaftszentren Elemente mit Funktionen betrauen müssen, denen sie nicht mit der erforderlichen sittlichen Reife oblagen, hat Bezugsrechtsschwindeleien, Bargeldunterschlagungen, Entwendung von Aktien erkommi, daß Dollar in Riesensummen in unrechtmäßige Hände gelangen können, dann ist auch das ein typisches Zeichen der Not der Zeit.

Und der Grund? Zwischen Abend und Mitternacht in weitester Ausdehnung . . .

Capistranus.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19230217014/fragment/page=0002